

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ates Gürpınar, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/1005 –**

Kostenlose und anlasslose PCR-Bürgertests für alle

A. Problem

Schnelle und zuverlässige Virusnachweise sind nach Überzeugung der Fraktion DIE LINKE. ein Schlüssel, um ein realistisches Bild vom SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen zu erhalten und die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. PCR-Tests seien daher ein zentraler Baustein einer guten Pandemiebekämpfung. Dass nach zwei Jahren Corona PCR-Tests nicht einmal mehr für die eingeführte Teststrategie der Bundesregierung ausreichend Tests zur Verfügung stünden und deswegen priorisiert werden müsse, sei ein Armutszeugnis für die Pandemiepolitik der Bundesregierung und habe fatale Folgen für die Menschen in Deutschland.

B. Lösung

Nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE. sollen die PCR-Testkapazitäten so erhöht werden, dass in einem ersten Schritt sämtliche derzeit nach der Testverordnung Berechtigten innerhalb von 24 Stunden ein Testergebnis erhielten und in einem zweiten Schritt alle Menschen in Deutschland unabhängig von Aufenthalts- und Versicherungsstatus anlasslos und kostenlos einen PCR-Test durchführen könnten. Zudem sollen sämtliche PCR-Testmöglichkeiten genutzt werden, ausdrücklich auch die nichtärztlich geführten wissenschaftlichen Labore.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1005 abzulehnen.

Berlin, den 6. Juli 2022

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Stellvertretende Vorsitzende

Christine Aschenberg-Dugnus
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christine Aschenberg-Dugnus

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/1005** in seiner 22. Sitzung am 18. März 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. sind schnelle und zuverlässige Virusnachweise ein Schlüssel, um ein realistisches Bild vom SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen zu erhalten und die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Ein wesentlicher Baustein hierbei seien PCR-Tests. Mit Blick auf die PCR-Testkapazitäten sehe die Teststrategie der Bundesregierung nach wie vor keinen systematischen Ausbau vor, sodass ein Strategiewechsel notwendig sei. Etwa nach dem Vorbild Wiens müssten PCR-Tests als Selbsttests durchgeführt werden können, um nicht auf professionelle Abstriche angewiesen zu sein. Außerdem werde so die Gesundheitsversorgung entlastet. Durch den Wegfall der Notwendigkeit von professionellen Abstrichen sowie durch Skaleneffekte würden PCR-Tests bei einem massiven Ausbau der Kapazitäten auch günstiger. So sei ein PCR-Selbsttest in Wien aktuell preiswerter als ein Antigen-Schnelltest in einem deutschen Testzentrum. Nur durch ein massenhaftes PCR-Screening könne zudem die Dunkelziffer gesenkt werden. Ein Ausbau der Kapazitäten sei auch deshalb notwendig, weil die Befunde von PCR-Tests aktuell viel zu spät kommen würden. Diese sollten innerhalb von 24 Stunden vorliegen.

Die Antragsteller fordern, die Teststrategie so zu ändern, dass in deren Rahmen massenhafte, kosten- und anlasslose PCR-Tests angeboten und durchgeführt werden könnten. Diese sollten möglichst als Selbsttests unter niedrigschwelligem Zugang zu Tests und Probenabgaben durchgeführt werden. So solle ein kostengünstiges, umfassendes PCR-Screening ermöglicht werden, zusätzlich zum angedachten Screening in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Betrieben, um die Pandemiebekämpfung durch zuverlässige Nachweise des Virus und Eindämmung der Dunkelziffer zu stärken. Dafür sollen sämtliche PCR-Testmöglichkeiten genutzt werden, ausdrücklich auch durch nichtärztlich geführte wissenschaftliche Labore. Zudem solle in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen eine Infrastruktur für PCR-Massentests aufgebaut werden, die einen niedrigschwelligen Zugang zu Selbsttests und Probenabgabe zum Beispiel in Supermärkten und Postfilialen ermögliche.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 14. Sitzung am 11. Mai 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1005 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 19. Sitzung am 6. April 2022 seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/1005 aufgenommen und beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung fand in der 26. Sitzung am 11. Mai 2022 statt. Als sachverständige Organisationen waren eingeladen: ALM - Akkreditierte Labore in der Medizin e. V., Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. (BVÖGD), Deutsche Stiftung Patientenschutz, GKV-Spitzenverband, Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), Verband der Diagnostica-Industrie e. V. (VDGH).

Als Einzelsachverständige waren eingeladen: Dr. Claudia Denking (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Werner Bergholz (ISC International Standards Consulting GmbH & Co. KG). Auf das entsprechende Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung und die als Ausschussdrucksachen verteilten Stellungnahmen der Sachverständigen wird verwiesen.

Der Ausschuss für Gesundheit hat seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/1005 in seiner 30. Sitzung am 6. Juli 2022 fortgesetzt und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1005.

Die **Fraktion der SPD** lehnte den Antrag ab, da die Bundesregierung bereits eine neue Testverordnung verabschiedet habe. Nun gelte es, die Wirkung dieser Verordnung abzuwarten und die Entwicklung zu beobachten. Es müsse zudem festgehalten werden, dass die Angebotsstrukturen in Österreich nicht mit denen Deutschlands vergleichbar seien. Daher sei das jetzige Vorgehen der Bundesregierung sachgerecht.

Die **Fraktion der CDU/CSU** sah in der Teststrategie ein zentrales Element des Pandemiemanagements. Insbesondere da, wo vulnerable Gruppen zu schützen seien, seien Tests absolut sinnvoll und sollten auch weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Man sei allerdings der Auffassung, dass anlasslose, milliardenteure und missbrauchsanfällige Tests, auch PCR-Bürgertests, wie sie in diesem Antrag bundesweit als Screening-Instrument vorgeschlagen würden, kein geeignetes Mittel in dieser Pandemiephase seien. Daher lehne die CDU/CSU-Fraktion den Antrag der Linksfraktion ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, der Antrag thematisiere durchaus Lücken, die in den letzten zweieinhalb Jahren in der Teststrategie in Deutschland zu erkennen gewesen seien. So könnten im Bildungswesen im Verantwortungsbereich der Bundesländer Pool-PCR-Tests an Schulen weiter ein probates Mittel sein, das flächendeckend zur Verfügung gestellt werden solle. Gleichwohl würden bei den extrem hohen Inzidenzen, die im Verlauf der Omikron-Welle zu beobachten gewesen seien, flächendeckende PCR-Bürgertests die zur Verfügung stehenden Laborkapazitäten sprengen und sehr kostspielig sein und daher nicht funktionieren. Es mache aber Sinn, hier stärker zu differenzieren und Pool-PCR- und PCR-Tests in bestimmten Bereichen wie in Schulen oder Kitas zum Einsatz zu bringen. Es sei wichtig, die Entwicklung in diesem Bereich zu beobachten und gegebenenfalls auf veränderte Notwendigkeiten zu reagieren.

Die **Fraktion der FDP** argumentierte, die öffentliche Anhörung habe in anschaulicher und offensichtlicher Weise gezeigt, dass anlasslose und kostenlose Bürgertests wenig zielführend seien. So sei ausgeführt worden, dass die Erfassung jeder einzelnen Corona-Infektion kein primäres Ziel sei und für die Einschätzung des Pandemieverlaufs nicht notwendig sei. Zudem sei mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Tests vordringlich bei allen klinischen Fällen, auch bei Verdachtsfällen, bei Personen mit hohem Risiko und zum Schutz vulnerabler Gruppen eingesetzt werden sollten. Genau dies geschehe nun mit der kürzlich in Kraft getretenen Testverordnung. Der anlasslose Bürgertest stehe also in keinem Verhältnis zu einem epidemiologischen Nutzen. Es fehle schlichtweg an Evidenz, die solche Maßnahmen rechtfertigen würde. Deshalb lehne die Fraktion diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** vertrat die Auffassung, anlasslose Massentests führten zu gravierenden Qualitätsmängeln, einer hohen Fehlerrate und einer mathematisch fehlerhaften Inzidenz. Die im Antrag der Fraktion DIE LINKE. vorgeschlagenen Maßnahmen seien deshalb eher kontraproduktiv in Bezug auf die formulierten Ziele und würden die Qualitätsmängel eher noch verschärfen. Bei einer Umsetzung des Vorschlages wäre bei erhöhtem Aufwand ein Anstieg von negativen Effekten vorhersehbar. Auch der Vergleich mit der Lage in Österreich bringe in diesem Zusammenhang keinen Mehrwert.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bat um Zustimmung zu diesem Antrag, da er eine wichtige präventive Maßnahme zur Pandemiebekämpfung insbesondere im kommenden Herbst beinhalte. Das Beispiel der österreichischen Hauptstadt Wien mit dem Angebot der kostenlosen PCR-Bürgertests zeige, wie eine sinnvolle Teststrategie aussehen könne. Das dortige System sei nicht nur weniger manipulationsanfällig, sondern auch noch pro Testung günstiger als die deutschen Antigen-Bürgertests. Dieses Element sei daher ein wichtiger Baustein, der in der derzeitigen Testverordnung fehle. Daher fordere die Fraktion, endlich auch in Deutschland flächendeckend kostenlose PCR-Tests zur Verfügung zu stellen und die dafür notwendigen Laborkapazitäten und Logistik zu schaffen, statt die Bürgertests einzuschränken.

Berlin, den 6. Juli 2022

Christine Aschenberg-Dugnus
Berichterstatlerin

